

spotlight europe

2008/05 – Mai 2008

Grünes Licht von der Grünen Insel? Zehn Fragen zu Irland

Dominik Hierlemann

Bertelsmann Stiftung, dominik.hierlemann@bertelsmann.de

Christian Heydecker

Bertelsmann Stiftung, christian.heydecker@bertelsmann.de

Am 12. Juni 2008 richten sich alle europäischen Blicke nach Irland. Die irischen Bürger sind die Einzigen, die über den Vertrag von Lissabon abstimmen dürfen. Lange Zeit schien das Referendum im pro-europäischen Irland reine Formsache zu sein. Doch je näher die Abstimmung rückt, desto unsicherer wird das „Ja“. Ein Überblick in zehn Fragen.

spotlight europe # 2008/05

Wie stimmen die Iren in Europafragen ab?

In den vergangenen 36 Jahren fanden in Irland bereits sechs [Referenden](#) zu den zentralen Weichenstellungen des europäischen Integrationsprozesses statt. Bei jeder grundlegenden Änderung der europäischen Gemeinschaftsverträge muss auch das Volk befragt werden. Fünfmal sprachen sich die Bürger zugunsten des zur Abstimmung stehenden europäischen Projekts aus – zunächst den EG-Beitritt 1972 und dann die Vertragsrevisionen in den Jahren 1987, 1992, 1998 und 2002. Völlig überraschend für die europäische Öffentlichkeit lehnten die Iren dagegen im Juni 2001 den Vertrag von Nizza ab.

Die irischen Bürger waren die Einzigen in Europa, die zum [Vertrag von Nizza](#) befragt wurden, während die Entscheidung in allen anderen Mitgliedstaaten bei den nationalen Parlamenten lag. Angesichts des reibungslosen Verlaufs der vorherigen Volksabstimmungen, der eindeutig pro-europäischen Einstellung der Bevölkerung sowie der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Irlands seit dem EG-Beitritt 1973 betrachtete das politische Establishment in Dublin und Brüssel die Zustimmung zum Vertrag von Nizza als reine Formsache – weit gefehlt. Bei einer Wahlbeteiligung von lediglich 35 Prozent votierten 54 Prozent der Iren mit „Nein“. Der bekannteste Slogan lautete „If you don't know, vote No“. Am Ende gab fast jeder Zweite, der dem Vertrag die Zustimmung versagte, an, er habe sich nicht ausreichend informiert gefühlt.

Angeführt wurde das Nein-Lager von den Grünen, Sinn Féin und der Socialist Party. Sie setzten bei ihrer Kampagne auf Polarisierung: „No to Nice, No to NATO“ und „You will lose Power, Money and Freedom“. Die Vertragsgegner warnten vor einer Abkehr von der traditionellen irischen Neutralitätspolitik durch die Einführung einer schnellen Eingreiftruppe der EU, die als Vorstufe einer europäischen Armee ge-



sehen wurde. Zudem sahen sie die kleineren Mitgliedstaaten durch das neue Entscheidungssystem an den Rand gedrängt, prophezeiten einen europäischen Superstaat und eine durch die Osterweiterung ausgelöste „Einwanderungsflut“.

II

Welche Folgen hatte das erste „Nein“ zu Nizza?

Um die Zustimmung der Bürger bei einer zweiten Volksabstimmung im Oktober 2002 zu erreichen, setzte die irische Regierung mehrere Maßnahmen um:

- *„National Forum on Europe“*: Im Oktober 2001 wurde das überparteiliche *„National Forum on Europe“* eingerichtet, das neben den Vertragsbefürwortern auch die EU-Skeptiker umfasst. Ziel war es, das bestehende Informationsdefizit der Bürger zu verringern und eine breite Debatte über die EU-Mitgliedschaft Irlands und die Zukunft Europas zu erleichtern.
- *„Nationale Erklärung Irlands“*: Obwohl rechtlich nicht bindend, unterstrich die irische Regierung mit dieser *Erklärung*, dass die traditionelle Politik der Neutralität durch den Vertrag von Nizza nicht berührt wird. Für eine Beteiligung an militärischen Operationen der EU wurde ein so genanntes *„triple lock“* verankert, d.h. fortan war neben der Zustimmung der Regierung und des Parlaments auch ein Mandat des UN-Sicherheitsrates erforderlich.
- *Zusatzklausel*: Die neue *Klausel in der irischen Verfassung* garantiert, dass Irland nicht an der gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik teilnehmen darf, bevor die Bürger diesen Schritt nicht in einem weiteren Referendum ausdrücklich bestätigt haben.

- *Kontrollbefugnisse*: Die irische Regierung stärkte die Rechte des Parlaments in europapolitischen Fragen, z.B. durch die Einrichtung eines neuen *„Committee on European Affairs“* und eine strenge Informationspflicht der Regierung.

Der zweite Anlauf war dann erfolgreich: Mit einer breiten Zustimmung von 63 Pro-

zent gaben die Iren „grünes Licht“ für die Osterweiterung und die notwendigen institutionellen Reformen. Entscheidend war dabei vor allem die erfolgreiche Mobilisierung der Nicht-Wähler aus dem ersten Referendum.

III

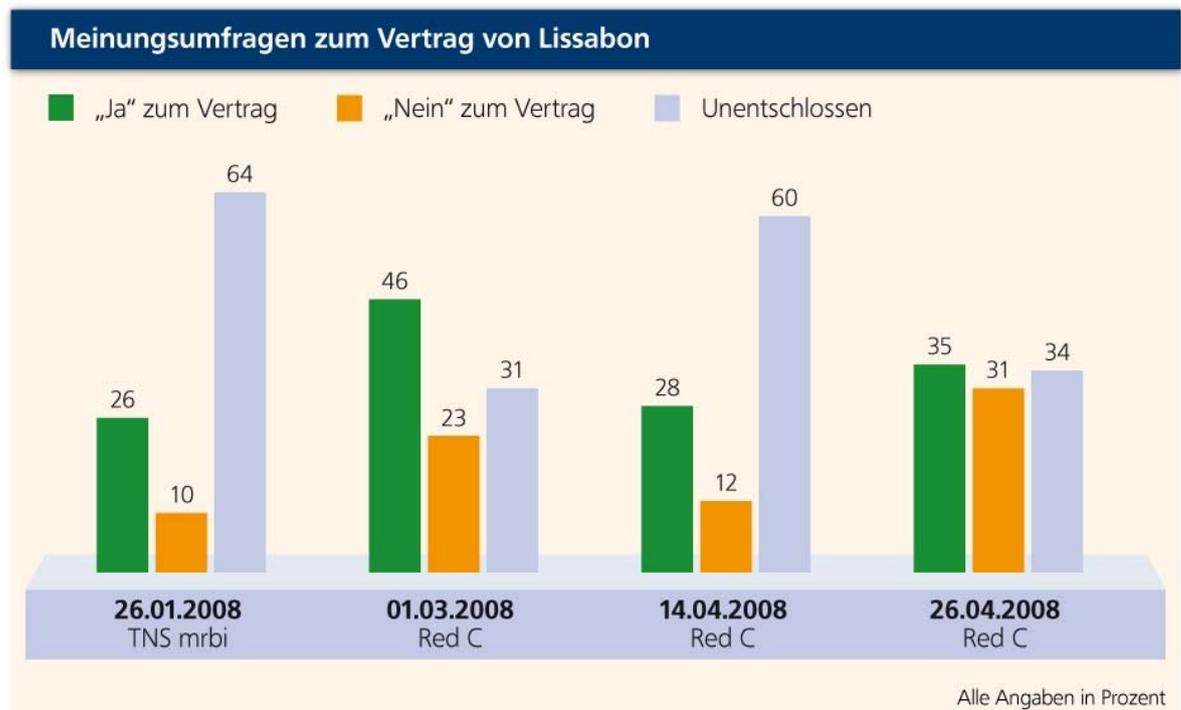
Wie ist die aktuelle innenpolitische Stimmung?

Obwohl mehr als 90 Prozent des Vertrags von Lissabon mit dem Verfassungsvertrag identisch ist, scheint in Irland die Zustimmung zum neuen europäischen Grundlagendokument geschwunden. Insbesondere die hohe Zahl der Unentschlossenen lässt das Abstimmungser-

gebnis am 12. Juni schwer prognostizieren. Mehr als zwei Drittel der Iren finden, sie wüssten zu wenig über die Inhalte des Vertrags, nur jeder Zehnte fühlt sich gut informiert. Besonders brisant: Genau dieses [Informationsdefizit](#) führte beim Referendum im Juni 2001 zur Ablehnung des Vertrags von Nizza.

allem die Wahlbeteiligung sein. Bisher lag die durchschnittliche Beteiligung bei den Volksabstimmungen bei 52 Prozent. Gefährlich wird es, wenn die Beteiligung wie beim gescheiterten ersten Nizza-Referendum (35 Prozent) deutlich unter der 50-Prozent-Marke bleiben sollte. Denn gerade den Vertragsgegnern wird es erneut gelingen, im Verlauf der Kampagne ihre Anhänger zu mobilisieren.

Vor dem Referendum sind somit besonders die irischen Parteien gefordert. In Irland spielen die klassischen Konfliktlinien nur eine untergeordnete Rolle – die Kategorien „rechts“ und „links“ haben keine Bedeutung. Stattdessen ist die Parteienlandschaft bis heute stark vom Unabhängigkeitskampf in den 1920er Jahren geprägt, aus dem auch die beiden dominierenden



Parteien hervorgingen: Fianna Fáil ist seit 1932 die stärkste politische Kraft in Irland, während sich Fine Gael dagegen meist in der Opposition wiederfand.

Nach den Parlamentswahlen im Mai 2007 wurde die mehr als zehn Jahre andauernde Zwei-Parteien-Regierung von Fianna Fáil und den liberalen Progressive Democrats um die Grünen als Koalitionspartner erweitert.

Entscheidend für den Ausgang des Referendums über den Reformvertrag wird vor

Lange Zeit war zu befürchten, dass sich die schlechten Zustimmungswerte für Premierminister Bertie Ahern negativ auf das Abstimmungsergebnis beim Referendum auswirken könnten. Während Ahern auf dem europäischen Parkett als aussichtsreicher Kandidat für das Amt des künftigen EU-Ratspräsidenten gehandelt wurde, waren im eigenen Land 54 Prozent der Bürger mit ihm unzufrieden, sogar 78 Prozent zweifelten an seiner Glaubwürdigkeit.

„Teflon-Bertie“, an dem in der Vergangenheit alle Vorwürfe abgeprallt waren, trat schließlich am 6. Mai aufgrund der anhaltenden Kritik an seinen persönlichen Finanzgeschäften und des Vorwurfs der Korruption von allen politischen Ämtern zurück. Die Gefahr einer Anti-Ahern-Abstimmung ist daher gebannt. Nun bleibt es seinem Nachfolger, dem bisherigen Finanzminister Brian Cowen, überlassen, die Zustimmung der Iren zum Vertrag von Lissabon herbeizuführen.

IV

Sind die Iren immer noch pro-europäisch?

Irland gehört seit jeher zu den Mitgliedstaaten, dessen Bürger mit am positivsten gegenüber der europäischen Integration eingestellt sind. Nimmt man die Zahlen des jüngsten [Eurobarometers](#), dann denken 74 Prozent der Iren – gegenüber 58 Prozent im EU-Durchschnitt –, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU „eine gute Sache“ ist. Gar 87 Prozent, das ist der Spitzenwert in der gesamten Europäischen Union, sind davon überzeugt, dass Irland von seiner Mitgliedschaft in der EU profitiert.

Aufgrund ihrer traditionellen Neutralitätspolitik hat die irische Regierung in der Vergangenheit stets Vorbehalte gegenüber einer Teilnahme an der Gemeinsamen Verteidigungspolitik geäußert. Tatsächlich befürworten jedoch 67 Prozent der Iren die

Entwicklung einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 66 Prozent wünschen sich eine Gemeinsame Außenpolitik.

Positive Umfragewerte sind jedoch keine Garantie für erfolgreiche Referenden. Vor dem ersten Nizza-Referendum wurden nahezu identische Werte ermittelt – am Ende stand dennoch das „Nein“ der Iren. Ganz offensichtlich gibt es in Irland eine große Gruppe von so genannten „soft supporters“. Sie sind zwar grundsätzlich pro-europäisch eingestellt, bleiben aber ohne aktive Mobilisierung der Wahl fern oder stimmen sogar mit „Nein“.

V

In welchen Bereichen gibt es „opt-outs“ für Irland?

Ebenso wie einige andere Mitgliedstaaten auch hat sich Irland in bestimmten Politikbereichen Ausnahmeregelungen vom europäischen Gemeinschaftsrecht ausgehandelt. Irland hat sich bei seinen bisherigen „opt-outs“ stets im Windschatten von Großbritannien bewegt.

Eine Sonderregelung des britischen Nachbarn bringt auch direkte Implikationen für die „grüne Insel“ mit sich: Beide Staaten bilden traditionell eine „Common Travel Area“, in der keine Grenzkontrollen stattfinden. Die geographische Insellage ohne unmittelbare Landgrenzen zu anderen Mitgliedstaaten wird in Dublin und London als Vorteil bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und illegaler Einwanderung betrachtet. Zudem verfügen Großbritannien und Irland auch über ein ähnliches Rechtssystem, in dem das Gewohnheitsrecht („common law“) – und nicht wie in Kontinentaleuropa die geschriebenen Gesetze – eine stärkere Rolle spielt.

Neben Großbritannien beteiligt sich auch Irland seit 1999 nicht an allen Maßnahmen des [Schengener Abkommens](#), das den Abbau der Personenkontrollen an den

Binnengrenzen zwischen den Mitgliedstaaten regelt. Beide Staaten können jedoch auf der Grundlage eines einstimmigen Ratsbeschlusses bestimmte Teile des Abkommens übernehmen. So beantragte Irland im Juni 2000 die Teilnahme an der Umsetzung einiger Bestimmungen des Schengen-Besitzstands, wie z.B. an der Drogenbekämpfung und dem Schengener Informationssystem.

Im [Vertrag von Lissabon](#) ist noch eine weitere Ausnahmeregelung vorgesehen: Irland und Großbritannien befürchten im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen Nachteile durch den geplanten Übergang von einstimmigen Entscheidungen zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit im Ministerrat. Dennoch behält sich Irland die Option vor, sich fallweise an den EU-Maßnahmen zu beteiligen („opt-in“). Drei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon soll die Ausnahmeregelung erneut überprüft und eventuell aufgehoben werden. Ursprünglich hatte die irische Regierung darüber hinaus ebenfalls erwogen, sich dem „opt-out“-Protokoll von Großbritannien und Polen zur Grundrechtecharta anzuschließen.

VI

Wie wurde Irland vom „Armenhaus Europas“ zum „keltischen Tiger“?

Irland war zum Zeitpunkt des EG-Beitritts 1973 ein wirtschaftlich schwaches Land mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in der damaligen Gemeinschaft der Neun. Noch bis zum Ende der 1980er Jahre kämpften die Iren mit wirtschaftlicher Stagnation, hoher Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Auswanderung. Nach einem enormen wirtschaftlichen Aufholprozess zählt das frühere „Armenhaus Europas“ mittlerweile zu den „Musterschülern“ in der EU. In vielen Bereichen hat Irland nicht nur aufgeholt, sondern die anderen Mitgliedstaaten mit großem Ab-

stand hinter sich gelassen: der „keltische Tiger“ war geboren.

- *Wirtschaftswachstum:* In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verzeichnete Irland ein durchschnittliches [Wirtschaftswachstum](#) von 9,4 Prozent pro Jahr. Selbst das verlangsamte Wachstum seit der Jahrtausendwende betrug immer noch beeindruckende 5,5 Prozent jährlich.

- *Bruttoinlandsprodukt:* 1987 betrug das irische [Bruttoinlandsprodukt pro Kopf](#) nur 69 Prozent des EU-Durchschnitts. Knapp zwei Jahrzehnte später erreicht Irland einen Spitzenwert von 146 Prozent, der nur von Luxemburg übertroffen wird.

- *Arbeitslosigkeit:* Die [Arbeitslosenquote](#) ging in den 1990er Jahren von 15,6 Prozent (1993) auf 4,3 Prozent (2000) zurück und hat sich seitdem auf diesem Niveau stabilisiert. Die [Zahl der Beschäftigten](#) hat sich in dieser Zeit fast verdoppelt.

- *Staatsverschuldung:* In den 1980er Jahren war Irland noch der Staat mit der höchsten Pro-Kopf-Staatsverschuldung der Welt. Durch den strikten Sparkurs, das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum und die hohen Steuereinnahmen sank die [Staatsverschuldung](#) von 95 (1990) auf 25 Prozent (2006) des Bruttoinlandsprodukts.

- *Handelsbilanz:* 60 Prozent der irischen [Exporte](#) gehen in andere EU-Staaten. Irland ist mittlerweile nach Singapur und Belgien der drittgrößte Pro-Kopf-Exporteur der Welt. Im Jahr 2007 betrug der Handelsüberschuss 26,4 Mrd. Euro.

- *Bevölkerungsentwicklung:* Irland ist vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland geworden. 1971 lag die [Bevölkerungszahl](#) noch bei 2,9 Mio., erhöhte sich dann bis 1991 auf 3,5 Mio. und liegt aktuell bei 4,2 Mio. Einwohnern. Das bedeutet nichts weniger als eine historisch-mentale Revolution für das kleine Land, das über Jahrhunderte einen Auswanderungsmythos entwickelt hatte.

- *Moderne Dienstleistungsgesellschaft:* Durch den sukzessiven Übergang von der Landwirtschaft zur High-Tech-Industrie und zum Dienstleistungsgewerbe ist die Zahl der [Beschäftigten im Agrarsektor](#) in den vergangenen Jahrzehnten von 255.000 (1973) auf 110.000 Beschäftigte (2007) zurückgegangen.

Doch ausgerechnet kurz vor dem Referendum zeichnet sich erstmals seit fast zwei Jahrzehnten ein Ende des irischen Wirtschaftsbooms ab: Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum für das laufende Jahr mussten jüngst nach unten korrigiert werden, die Arbeitslosenquote stieg auf den höchsten Wert seit neun Jahren. Durch die enge Verflechtung mit der kriselnden US-Wirtschaft, die internationale Finanzkrise und die Belastung der exportorientierten Wirtschaft durch den starken Eurokurs droht Irland mit in den Abwärtsstrudel gezogen zu werden.

VII

Wie stark profitiert Irland von der EU?

Als (vormals) strukturschwaches Land profitierte Irland nach seinem EG-Beitritt 1973 maßgeblich von den Fördermitteln der EU. Im Zeitraum zwischen 1973 und 2005 hat Irland nach Abzug der eigenen Beitragszahlungen an den EU-Haushalt insgesamt [Nettotransferleistungen](#) in Höhe von etwa 40 Mrd. Euro erhalten, also durchschnittlich 1,8 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Erfolgsstory wird Irland gegen Ende der Haushaltsperiode 2007-2013 voraussichtlich erstmals zu den Nettozahlern zählen.

Gerade die großen Netto-Geberländer wie Deutschland oder Frankreich haben wiederholt betont, dass sich der irische Wirtschaftsaufschwung hauptsächlich auf die umfangreichen EU-Transferleistungen zurückführen lasse. Diese Erklärung allein greift jedoch zu kurz. Zwar ist unbestrit-

ten, dass die Fördergelder den wirtschaftlichen Aufholprozess beschleunigten. Aber zum einen wird vergessen, dass auch in den 1970er und 1980er Jahren bereits Geld aus Brüssel an Irland geflossen ist – damals jedoch ohne erkennbare Auswirkungen. Zum anderen zeigt auch die anhaltende Wirtschaftsschwäche des Mezzogiorno, dass jahrzehntelange Unterstützung aus dem EU-Haushalt keine Garantie für eine wirtschaftliche Gesundheit ist.

Der [irische Wirtschaftsboom](#) ist auf das Zusammenwirken verschiedener interner und externer Faktoren zurückzuführen. Als interne Faktoren sind zu nennen:

- *Proaktive Standortpolitik:* Irland gelang es im großen Umfang ausländische (vor allem US-amerikanische) Direktinvestitionen anzuwerben. Zahlreiche multinationale Unternehmen aus den Bereichen Computer- und Pharmaindustrie sowie Finanzdienstleistungen wählten Irland aufgrund der vergleichsweise niedrigen Unternehmenssteuern als ihr „Eingangstor“ zum europäischen Binnenmarkt.
- *Abbau der Staatsverschuldung:* Seit 1987 verfolgte jede irische Regierung einen strikten Sparkurs und entlastete damit den Staatshaushalt.
- *Niedrige Arbeitskosten:* Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber vereinbarten in Beschäftigungspakten eine Lohnzurückhaltung seitens der Arbeitnehmer, im Gegenzug gab es dafür deutliche Steuer-senkungen.

Als externe Faktoren gelten die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes sowie die [EU-Fördergelder](#). Nach der Reform und Neuausrichtung von 1988/1989 wurden die Ausschüttungen aus den Struktur- und Kohäsionsfonds nahezu verdoppelt, so dass dieser signifikante Anstieg zu Beginn der 1990er Jahre als zusätzlicher Anstoß für die irische Wirtschaft diente. Entscheidend war aber, dass die Gelder aus den Strukturfonds in Irland hauptsächlich in „Köpfe“, also in Aus- und

Weiterbildung, investiert wurden und erst an zweiter Stelle in die klassische Infrastruktur. Dadurch wurden langfristige Effekte auf der Angebotsseite ausgelöst: Irland zeichnet sich heute durch die überdurchschnittliche Qualifikation seiner Arbeitskräfte aus.

VIII

Das Referendum: Wer ist dafür und wer dagegen?

Die beiden Regierungsparteien **Fianna Fáil** und die **Progressive Democrats** werben ebenso für den Vertrag von Lissabon wie **Fine Gael** und die **Labour Party** auf Seiten der Opposition. Die traditionell eher euroskeptischen **Grünen**, die seit 2007 erstmals an der irischen Regierung beteiligt sind, konnten sich dagegen auf keine einheitliche Parteilinie einigen und haben ihren Parteimitgliedern die Entscheidung freigestellt. Die Parteiführung bemühte sich unter dem Druck der Regierungsbeteiligung um einen europapolitischen Kurswechsel. Allerdings wurde bei einem Sonderparteitag im Januar die erforderliche Zweidrittelmehrheit der Delegierten für eine offizielle Wahlempfehlung zugunsten des Vertrags von Lissabon knapp verfehlt.

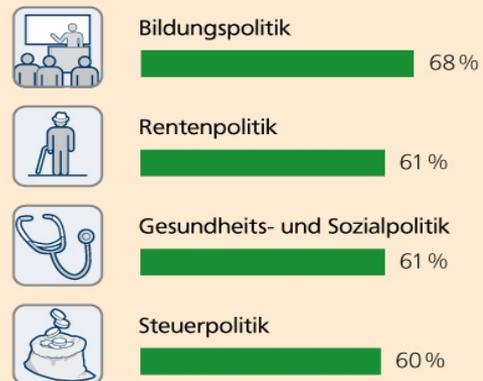
Die nationalistische **Sinn Féin** ist daher die einzige Partei im irischen Parlament, die sich offen für eine Ablehnung des Reformvertrags ausspricht. Ein neuer Akteur auf Seiten der Vertragsgegner ist zudem die Gruppierung **Libertas** unter der Führung des Unternehmers Declan Ganley, der mit beträchtlichem finanziellen Aufwand eine mediale Nein-Kampagne fährt.

Die Argumente der Nein-Seite sind nicht neu: Die Einführung der doppelten Mehrheit, die Begrenzung der Vetomöglichkeiten sowie der zeitweilige Verlust eines ständigen EU-Kommissars durch das neue Rotationssystem werden als Beleg für eine weitere Machtzentralisierung in Brüssel auf Kosten der kleinen Mitgliedstaaten geendet. Auch die Sorge vor einer Militari-

sierung Irlands wird von den Vertragsgegnern durch den Verweis auf die neue Solidaritätsklausel und die Europäische Verteidigungsagentur erneut aufgegriffen. Als Inbegriff des europäischen Demokratiedefizits kritisiert das Nein-Lager zudem die neue „Brückenklausel“: Mit ihr könnte der Europäische Rat künftig auch ohne offizielle Vertragsrevision den Übergang von Konsens- zu Mehrheitsentscheidungen beschließen - die spätere Zustimmung der irischen Bürger in einem Referendum wäre dann nicht mehr erforderlich.

Die Wünsche der Iren: Wer soll was machen?

Der Nationalstaat soll zuständig bleiben für



Die Europäische Union soll zuständig sein für



Quelle: Eurobarometer 68, Herbst 2007

Trotz des Slogans „Facts, not politics“ greifen Sinn Féin und Libertas bei ihrer Kampagne immer wieder auf Unwahrhei-

ten und EU-Mythen zurück: Sie erwecken den Eindruck, dass das Inkrafttreten des Reformvertrags eine europaweite Steuerharmonisierung, einen Zwang zur NATO-Mitgliedschaft oder eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts mit sich bringen würde. Sie verschweigen dagegen, dass alle diese Entscheidungen auch künftig auf nationaler Ebene entschieden werden.

IX

Europäische Agenda – Verschleppt und verzögert?

In den vergangenen Wochen gaben sich europäische Spitzenpolitiker in Dublin förmlich die Klinke in die Hand, um für ein „Ja“ der Iren im Referendum zu werben: Bundeskanzlerin [Angela Merkel](#) rührte vor dem „National Forum on Europe“ ebenso die Werbetrommel wie Kommissionspräsident [José Manuel Barroso](#) und der Präsident des Europäischen Parlaments [Hans-Gert Pöttering](#).

Nicht besonders glücklich war die irische Politik dagegen über die [Störmanöver aus Paris](#): Die französische Regierung hatte im April angekündigt, während der bevorstehenden EU-Ratspräsidentschaft die Festlegung von europaweit einheitlichen Bemessungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer voranzutreiben. Für Irland eine Provokation: Die niedrige Körperschaftsteuer gilt schon seit Jahren als einer der Schlüssel für das irische „Wirtschaftswunder“. Die Pläne für eine Steuerharmonisierung durch die Hintertür wurden von der irischen Regierung als „untimely, unhelpful and inappropriate“ eingestuft.

Zudem fürchtet Dublin neue Initiativen der Franzosen im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das Thema gilt im traditionell neutralen Irland als besonders heikel: Die Aushöhung der Neutralität ist für die Vertragsgegner eines der stärksten Argumente gegen den Reformvertrag. Auch deshalb

war der irischen Regierung an einem Referendumstermin vor dem Beginn der französischen Ratspräsidentschaft im Juli 2008 gelegen.

Als problematisch für den Ausgang des Referendums gelten die laufenden WTO-Verhandlungen – auch wenn diese in keinem direkten inhaltlichen Zusammenhang zum Vertrag von Lissabon stehen. Die irischen [Landwirte](#) befürchten, dass sich EU-Handelskommissar Peter Mandelson auf weitreichende Zugeständnisse im Bereich der Agrarsubventionen einlassen könnte. Die irischen Bauernverbände drohen daher mit ihrem „Nein“ im Referendum, falls die WTO-Verhandlungen mit gravierenden Einschnitten für sie enden sollten.

In den irischen Medien wurde viel spekuliert über [angebliche Geheimabsprachen](#) zwischen der Regierung in Dublin und der EU-Kommission: Alle umstrittenen Initiativen, die die irische Bevölkerung verunsichern könnten, sollen demnach bis nach dem Referendum auf Eis gelegt worden sein. Offiziell wurde ein solches Stillhalteabkommen von beiden Seiten vehement bestritten. Doch tatsächlich kam es in den vergangenen Wochen zu auffälligen Verzögerungen im Zeitplan verschiedener Projekte – so z.B. bei den Verhandlungen über die Reform des EU-Haushalts oder bei der Vorlage des Entwurfs für eine Richtlinie über grenzüberschreitende Gesundheitsdienste.

X

Was passiert im Falle eines irischen „Nein“?

Lange Zeit schien die irische Zustimmung zum Vertrag von Lissabon ungefährdet zu sein. Um gar nicht erst Zweifel an einem positiven Ergebnis aufkommen zu lassen, hat es die europäische Politik tunlichst vermieden, über alternative Optionen im Falle eines irischen „Nein“ zu sprechen. Welche Möglichkeiten blieben der EU und Irland bei Ablehnung des Reformvertrags?

Erstens, den Iren wird nach einer gewissen Anstandsfrist der unveränderte Vertrag erneut zur Abstimmung vorgelegt. Die europäischen Spitzenpolitiker würden noch stärker als bisher dafür werben, dass Europa die irische Zustimmung benötigt. Besonders wahrscheinlich ist dieses Szenario allerdings nicht. Denn warum sollten die Iren, anders als die Franzosen oder die Niederländer beim Verfassungsvertrag, erneut über einen unveränderten Vertrag abstimmen?

Zweitens, der Vertrag wird geändert. Fraglich ist aber, welche Bereiche Irland tatsächlich ändern möchte. Zudem müsste ähnlich wie nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags der gesamte Prozess neu aufgerollt werden. Eine Option die ebenfalls sehr unwahrscheinlich ist – die Europäische Union würde ihre Glaubwürdigkeit bei den Bürgern verspielen.

Drittens, Irland werden neue „opt-outs“ angeboten. Das wäre zwar ohne eine generelle Vertragsänderung und ein neues Ra-

tifikationsverfahren in allen Mitgliedstaaten denkbar. Aber Irland hat bereits in den für die nationale Staatsräson sensiblen Bereichen wie die Außen- und Sicherheitspolitik weit reichende Ausnahmeregelungen durchgesetzt. Wo möchte Irland noch weiter ausscheren?

Viertens, die Europäische Union begräbt ihren Versuch einer umfassenden Vertragsreform. Sie entscheidet sich für eine Minimalreform, die dann entweder durch einen Minivertrag oder sogar unterhalb der Ebene von Vertragsänderungen durch so genannte interinstitutionelle Vereinbarungen zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission erfolgen könnte.

Das alles sind keine berauschenden Optionen. Deshalb setzen die Europäische Union und die irische Regierung alles auf eine Karte. Ein „Nein“ im irischen Referendum wäre schlicht eine Katastrophe für Europa.

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2008/04
Menschenhandel: Europas neuer Schandfleck
Armando García Schmidt

spotlight europe # 2008/03
Präsidentenpoker
Dominik Hierlemann

spotlight europe # 2008/02
Das Rätsel Sarkozy
Joachim Fritz-Vannahme

Alle Ausgaben des "spotlight europe"
stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight